# Krakauer Zeitung.

Nr. 289. — Freitag den 18. December — 1863.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 9 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 Nkr. für jede weitere Einrückung 3½ Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.




## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. December d. J. dem Obercommissär der Polizeidirection in Graz, Johann Wach, den Titel eines kaiserlichen Rathes mit Nachsicht der Taxen allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung de dato Schönbrunn am 10. December d. J. dem gewesenen Bronze- und Eisengußwaren-Fabrikanten, Joseph Glanz in Wien, in Anerkennung seiner vieljährigen Verdienste in dem Gebiete der Kunstindustrie, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 4. December d. J. dem Pfarrer zu Versecz, Vice-Dechanten und Districts-Schulinspector, Joseph Novák, die Titularprobstei St. Eustachii de Csuth allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. December d. J. den Privatdocenten des römischen Rechtes an der k. k. Universität zu Graz, Dr. Heinrich August Tewes, zum außerordentlichen Professor dieses Lehrfaches dortselbst allergnädigst zu ernennen geruht.

Das k. k. Finanzministerium hat den Lottoamtsverwalter in Innsbruck, Johann Merbeller, zum Amtsverwalter und Kassier des Lottoamtes in Triest ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

**Krakau, 18. December.**

Aus Berlin wurde vorgestern der Inhalt einer österreichischen Circular-Depesche telegraphirt, welche unterm 5. d. an die Cabinette von Paris, London und Petersburg expedirt wurde. Nach der „Presse“ beginnt die österreichische Circular-Depesche mit der Erklärung, „daß die zwischen den deutschen Herzogthümern und Dänemark schwebende Frage durch den Tod des Königs Friedrich VII. in eine neue Phase getreten ist, da sich zu dem ursprünglichen Streitpuncte der Herzogthümer gegen Dänemark die Erbfolgefrage in den Herzogthümern Schleswig und Holstein gesellt hat. Diese Rechte werden nun dem Könige Christian IX. vom Herzoge von Augustenburg, der in seinen Ansprüchen von mehreren deutschen Bundesstaaten unterstützt wird, bestritten, während die öffentliche Meinung in Deutschland durch dieses Ereigniß in die lebhafteste Aufregung versetzt wurde....... Oesterreich und Preußen befinden sich in einer sehr schwierigen Lage, einerseits durch den Londoner Vertrag und andererseits als Bundesstaaten, um hier ihre Pflichten gegen Deutschland mit jenen gegen die Mitunterzeichner des Londoner Vertrages zu vereinbaren. Oesterreich constatire vor allem das vollkommene Einverständniß mit dem Cabinete von Berlin, und beide Regierungen hoffen, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, behufs welcher sie jedoch der Unterstützung der anderen Mächte bedürfen, deren Rath in Kopenhagen von Gewicht ist...... Indem Graf Rechberg sich weiter auf seine im Reichsrath bereits abgegebenen Erklärungen beruft, spricht er die Hoffnung aus, daß die drei Regierungen (Frankreich, England und Rußland) mit der von Oesterreich in der schwebenden Frage eingenommenen Haltung soweit einverstanden sein werden, um energisch darauf zu bestehen, daß mit den Londoner Stipulationen auch die gegen die Herzogthümer eingegangenen Verbindlichkeiten vollkommen erfüllt werden...... Dänemark sei durch seine Zusagen von 1851/52 gegen Oesterreich und Preußen in Bezug auf die Verfassungsfrage ebenso gebunden, als die beiden deutschen Mächte in Betreff der Erbfolgefrage...... Die Zwangsmaßregeln des Bundes seien schon gegen Friedrich VII. beschlossen gewesen, nun stehe aber die Publicirung der Verfassung im Widerspruche mit den früheren Verbindlichkeiten.... Der König Christian erfülle sie gegen Deutschland und Oesterreich und Preußen werden ihre Verpflichtungen gewissenhaft beobachten. Wenn aber der Kopenhagener Hof glaubt, die Rechte der Herzogthümer mit Füßen treten zu können, so beraubt er sich des Rechtes, die Achtung der ihm günstigen Stipulationen in Anspruch zu nehmen.......... Die Depesche des Grafen Rechberg schließt mit der Wiederholung, daß die beiden deutschen Großmächte, bereit, das Princip der Integrität der dänischen Monarchie, wie im Jahre 1851, zu achten, auch auf der Erfüllung der ihnen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen bestehen.“

Die identischen Schreiben der Executions-Regierungen an den dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten deuten nach der „K. Z.“ kurz an, daß auf Grund der bekannten Bundesbeschlüsse die Verwaltung des Herzogthums Holstein Namens des Bundes übernommen werden würde. Zugleich werde die Voraussetzung ausgesprochen, daß unter diesen Umständen die königlich dänischen Truppen das Bundesland rechtzeitig räumen würden. Der Verfasser des Berichts hält für angezeigt, daß der Bund auf der Rücksendung der holsteinischen Battaillone in ihre Heimat bestehe, und daß er, in Betreff des Erbfolgestreits vor allem die gesetzmäßigen Vertreter des Bundeslandes zu hören habe.

Nach der „Indep. belge“ wünscht England von Preußen die Aufrechterhaltung des Londoner Protocolls und fordert von Dänemark die Zurücknahme des neuen Grundgesetzes. Sollte das Kopenhagener Cabinet hierauf nicht eingehen wollen, so würde England von Dänemark zum Mindesten verlangen, daß die dänischen Truppen den Bundestruppen, wenn sie in Holstein einrücken, keinen Widerstand entgegensetzen. Man versichert, Sir A. Paget, der englische Gesandte am dänischen Hof, habe bereits vor der Ankunft des Wodehouse in Kopenhagen, diese Concession vom dänischen Cabinet erlangt. — Auch den „Hamb. Nachr.“ wird aus Kopenhagen „aus zuverlässiger Quelle“ mitgetheilt, daß den dänischen Truppen in Holstein von der Regierung der Befehl zugegangen ist, sich ohne jeden Widerstand zurückzuziehen, wenn die deutschen Bundestruppen in Holstein einrücken. Die „NPZ.“ meint mit diesem Zurückziehen der Dänen die Sache durchaus nicht erledigt. Abgesehen von der Erbfolgefrage, schreibt dieselbe, muß Dänemark erst allen Beschwerden und Forderungen des deutschen Bundes nachgekommen sein, namentlich das neue Verfassungsgesetz für Dänemark und Schleswig zurückgenommen haben, auch für die Kosten der Execution aufgekommen sein, ehe von einer Aufhebung dieser Maßregel irgend die Rede sein kann. Die preußische Regierung hat, wenn wir nicht irren, sich in ihre Unterhandlungen mit den übrigen Großmächten für die nächsten Stadien der schleswig-holstein'schen Angelegenheit geeinigt. Das Weitere wird zunächst von der dänischen Regierung abhängen.

Nach dem „Nordischen Courrier“ wurde Scheel-Plessen abermals nach Kopenhagen berufen.

Von der Zurückberufung des Grafen Sponneck aus Athen nach Kopenhagen, ist, wie der „Botschftr.“ meldet, noch nichts bekannt.

Die Erklärung des Königs von Schweden bei Schließung des Reichstages, welche lautet: „Ich werde immer suchen, im Rathe der Mächte die Worte der vereinigten Reiche in die Wagschale des Rechtes zu legen. Von uns darf nicht verlangt werden, daß wir auch unser Schwert hineinlegen, ohne daß wir berechneten, wie weit das Ziel durch die uns zur Verfügung stehenden Mittel erreicht werden könne,“ erregt die Entrüstung der Kopenhagener Presse, welche der Welt so viel über die nun in Rauch aufgegangene schwedisch-dänische Allianz zu erzählen wußte.

Aus Hamburg, 16. d., meldet ein Telegramm des „Wiener Lloyd“: Die Dänen setzen die Räumung Holsteins mit großer Eile fort und werden auch den Brückenkopf von Friedrichsstadt verlassen. Nur Rendsburg behalten sie in ihren Händen. Sollten bis zum Einrückungstag des sächsischen Corps noch nicht alle Städte geräumt sein, so werden sich die Occupationstruppen, um einen Conflict zu vermeiden, mit möglichster Umgehung der Städte vom Lübeck'schen aus vorwärts bewegen.

Aus Frankfurt a. M. meldet die „Köln. Ztg.“, der baierische Gesandte v. d. Pfordten habe das Referat in der holsteinischen Angelegenheit für jetzt niedergelegt. Der Grund des Rücktritts des baierischen Gesandten soll darin liegen, daß derselbe die Verantwortung für die nun folgenden Vorschläge der (Executions-) Majorität nicht übernehmen will „welche mit seiner eigenen Auffassung und derjenigen seiner Regierung im Widerspruch sich befinden.“

Der an Stelle des Staatsministers a. D. v. Münchhausen von Hannover ernannte Bundescommissär für Holstein ist der geh. Regierungsrath Dr. Nieper, nicht Nielssen, wie gemeldet wurde. Von Seiten Sachsens ist bekanntlich der Kreisdirector v. Könneritz zum Commissär ernannt.

Der dänische Adjutant und Kammerherr Irminger, welcher vom dänischen Hof mit der Mission betraut war, die Höfe in Berlin und Wien von dem Regierungsantritt des neuen König zu unterrichten (aber weder in Berlin noch in Wien zu einer Audienz gelangt), ist in Wiesbaden, wo er am 11. d. angekommen, nur im kleineren Kreis der herzoglichen Familie empfangen worden.

Wie man der „Presse“ aus London schreibt, war der Congreßvorschlag, wie er in der Rede vom 5. November und in der Einladung hervortrat, nämlich für das englische Cabinet, nichts weniger als neu. Schon am 23. Juni — also an dem Tage selbst, wo mit dem Austritte Walewski's und Persigny's aus dem Tuilerien-Cabinet dessen Reorganisation unter Drouyn de Lhuys sich abschloß, machte, wie der Corr. schreibt, der letztere bezüglich des Congresses dem Foreign Office die ersten Andeutungen, allerdings noch sehr vager Natur. Dem Charakter der Andeutungen entsprechend, lautete die Antwort darauf ebenfalls unbestimmt und ausweichend. Ende September aber erhielt Baron Gros Auftrag, mit bestimmten formulirten Anträgen in dieser Richtung hervorzutreten, und nun erfolgte rasch ein entschieden ablehnender Bescheid. Ganz so wie in seinen letzten Depeschen erwidert Lord Russell mündlich dem Baron Gros, schriftlich durch Vermittlung des Lord Cowley, daß ein Congreß ohne im voraus festgestellte Basis ihm geradezu ein Unding scheine, eine wahre Pandorabüchse. Die Sache blieb damit auf sich beruhen, bis sie plötzlich wieder in der Thronrede hervortrat. Man begreift also das Erstaunen, mit welchem Lord Cowley diese Rede anhörte, die Sensation, welche sie im Foreign Office hervorrief! Der Corr. ist ferner in der Lage mitzutheilen, wie Earl Russell bald nach dem 5. Novbr. sich gegen eine befreundete Regierung behufs einer Verständigung wegen der Congreß-Einladung geäußert hat. „Die Einladung zum Congresse“, soll Earl Russell beiläufig geschrieben haben, „ist dazu bestimmt, als mehr oder minder starkes Auflösungsmittel unter den verschiedenen europäischen Staaten zu wirken. Napoleon fordert die Souveräne auf, ihre Ansichten und Ideen auszusprechen; das ist jedenfalls ein sehr geschicktes Mittel, um zu erfahren, was die Andern wollen, ohne selbst nöthig zu haben, aus der Undurchdringlichkeit herauszutreten. Er verpflichtet sich zu nichts und kann von Allem Nutzen ziehen. Während die Andern ihre Tendenzen aufgedeckt haben werden, während die von Rivalität und Ehrgeiz gesponnenen Fäden sichtbar hervortreten, ist es dann ein Leichtes, die Staaten für alle Zeit mit einander zu verfeinden und ein gegenseitiges Mißtrauen zu erwecken. Er seinerseits ist bei alledem nicht genöthigt, aus der größten Zurückhaltung herauszutreten. Kommt aber auch der Congreß nicht zu Stande, so hat er trotzdem einen Erfolg erlangt. Schon die bloße Einladung wird den französischen Diplomaten Anhaltspuncte darbieten; sie werden Gelegenheit finden, in den Seelen der Souveräne zu lesen, ihre Ansichten über die schwebenden Schwierigkeiten kennen zu lernen. Man wird wissen, wie man im geeigneten Augenblick die betreffenden Höfe zu behandeln haben wird, um sie vorwärts zu treiben oder auch zu paralysiren.“ Alle diese Vortheile selbst zugegeben, meint die „Presse,“ wiegen sie doch nicht das durch die nun bekannten Antworten der Souveräne dargelegte Fiasco der Tuilerien-Politik auf.

Das „Vaterland“ erklärt sich in der Lage, nachstehendes Schreiben des Prinzen Napoleon mittheilen zu können. Der „rothe Prinz“ spricht sich darin in einer sehr beunruhigenden Weise über die nächste

## Feuilleton.

### Im Palais de Bourbon.

Treten wir einen Moment in den Saal des Palais de Bourbon, den stummen Zeugen so schwerer Stürme. Die Gesetzgeber scheinen mit dem Thron jetzt besser zu stehen, als mit dem Volk. Es ist nicht mehr die Nationalgarde, welche die Eingänge vertheidigt, sondern die kaiserliche Garde. Es ist 2 Uhr. Eine lange Truppenchaine zieht sich vom Eingang des Saales bis zu den Gemächern des Präsidenten im anstoßenden Palais. Die Trommeln wirbeln, die Gewehre werden präsentirt; escortirt von zwei Stabsoffizieren, schreitet der Herzog von Morny durch die Reihen. Ehemals wurde vor dem Chef der Volkspräsentation der Feldmarsch geschlagen, wie vor dem Kaiser und den Marschällen von Frankreich.

Herr v. Morny ist der vollendete Cavalier des Empire; jede seiner Bewegungen ist Grazie und Noblesse. Auf seinen Lippen spielt unveränderlich ein überlegenes Lächeln. Die Speculation und Industrie haben sich nie in so einnehmende, gefällige Formen gekleidet. Herr v. Morny ist höflich und ohne Affectation herablassend für Jedermann, charmant für seine Feinde, aufopfernd für seine Freunde. Die Form deckt bei ihm Alles. Niemand hat sich gewundert, als der Sohn der Königin Hortense zum Herzog in partibus creirt wurde; Niemand wird sich wundern, wenn er Prinz wird; denn er würde alle Titel der Welt mit dem erforderlichen Aplomb tragen. Er ist zudem nicht ehrsüchtig, man weiß es; das Erworbene liegt ihm mehr am Herzen als alle Perspectiven der Zukunft. Er ist Minister gewesen, er ist Gesandter gewesen, und er spottet über seine ministeriellen und diplomatischen Niederlagen, wie über sich selbst. Man kennt sein naives Geständniß: „Ich habe ein eigenes Geschick, ich muß meinen Vater Herr Graf, meine Tochter Frau Fürstin und meinen Bruder Sire nennen.“ Er kann jetzt hinzusetzen: „Und mein Schwager ist der Kaiser aller Reußen.“

Morny und der Kaiser haben dasselbe Gesicht, besondere wenn man ersteren bedeckten Hauptes sieht; trotz seiner größeren Jugend läuft er seinem Bruder an Kahlköpfigkeit den Rang ab. Man weiß, das es Leute gibt, für die der Mangel der Haare eine Zierde ist. Morny gehört zu diesen, er gleicht Louis Napoleon, wie auf demselben Plan das Schöne dem Unschönen gleichen kann, oder wie sich im Antlitz der Tochter oft veredelt und gemildert die Züge des Vaters abspiegeln. Er hat nichts von den eckigen aufgedrungenen Formen seines augusten Verwandten; sein Bau ist schlang, harmonisch, elegant.

In der Präsidentschaft des gesetzgebenden Körpers hat man den Platz für ihn gefunden, der ihm zukommt. Tact, Sprachfertigkeit, Höflichkeit und Versöhnlichkeit genügen; der Staatsmann ist für den Posten überflüssig. Der Herzog von Morny tritt in den Saal, in der Haltung des Wirths, welcher erscheint, um seine werthen Gäste zu begrüßen. Er hat einen Händedruck, ein verbindliches Wort für Jeden, den er auf seinem Wege antrifft; er nimmt Jul. Favre beim Arm und scheint ihm im Vertrauen die Idee zu einer neuen Oppositionsscene auseinander zu setzen, auf die der Donnerer nicht eingehen will, denn er schüttelt gewaltig mit seinem großen Kopfe. Dann erklettert der Präsident mit der Leichtigkeit einer Gazelle seinen Fauteuil und bewegt mit feiner, weißer Hand die Glocke. Auf dieses Zeichen bleiben die Deputirten in Gruppen stehen und setzen ihre geräuschvolle Unterhaltung gerade so fort, wie vorher. Der aristokratische Sansculotte Armand Marrast, dem der Herzog von Morny — ein nicht geringer Ruhm — in Eleganz der Präsidialführung gleichkommen soll, hat diese Nichtachtung nie geduldet. Dupin ergriff die Glocke gewöhnlich mit beiden Händen und klingelte wie beim Feuerlärm. Morny lehnt nachlässig im Fauteuil und wartet, bis die Herren Deputirten ihre Plätze genommen und sich selbst Schweigen auferlegt haben, welcher Act nach Vorlesung des Sitzungsberichtes und uninteressanter Localgesetzvorlagen nicht ohne Mühe zu Stande kommt.

Unter ihm sitzen die Kämpfer der Regierung, die Staatsminister, die Präsidenten, Vice- und Sectionspräsidenten des Staatsraths. Ehemals waren sie gehalten, in Uniform zu erscheinen; Herr v. Morny hat diese Inconvenienz abgeschafft. Der schwarze Frack ist die gleiche Tracht für die Deputirten, wie für die Minister. Doch einen Stern

> Trägt schützend Jeder auf seinem Herzen,
> Er braucht nicht zu fürchten die Iden des Märzen.

Eine Rednerbühne existirt nicht; die Deputirten sprechen vom Platz aus und trinken dazu Zuckerwasser. Wem diese Erfrischung nicht genügt, der geht in die Buvette.

Die Buvette, die unter der Julidynastie und namentlich 1848 so viel zu reden gegeben, ist ein koketter Speisesaal mit Aussicht auf den Garten. Hinter einem langen Büffet serviren zwar feierliche Garçons im schwarzen Frack Madeira, Xeres, Chocolade, Kuchen ꝛc., die Regierung bezahlt aber Alles. Man frühstückt auf diese Art billig. Zur weiteren Erfrischung steht eine Bibliothek und der Conferenzsaal den Erwählten des allgemeinen Stimmrechts zur Disposition; im letzteren lodert ein gewaltiges Kaminfeuer.

Rund um den Sitzungssaal laufen Tribünen; kaiserliche Tribüne, Präsidentschaftstribüne, diplomatische Tribüne, Senatstribüne, Deputirtentribüne, Offizierstribüne — auch eine Tribüne für das Publicum, aber so klein, so eng....... Auf der Deputirtentribüne sitzen Mesdames les Députées, bereit den Reden ihrer Honorables zu applaudiren. Die Landschaft gewinnt durch die Toilettenstaffage des schönen Geschlechts hier wie in der diplomatischen Tribüne einiges Leben. Sie ist im Uebrigen monoton genug, und das Halbdunkel, welches matt durch die Scheiben fällt, gibt ihr eine melancholische Färbung. Erst des Abends um fünf Uhr erhellt sich in der Mitte des Plafonds eine gigantische Glaskuppel nach dem System des Théâtre lyrique und verbreitet eine traurige Helle.

Die Blicke der Tribünen sind unverwandt nach dem Corps der Opponenten gerichtet. Hoch oben auf dem Berge

Zukunft aus. Er schreibt nämlich: „Sie fragen mich, ob ich an den Krieg glaube? Ja, ich will es Ihnen sagen. Der Krieg wird im Frühling ausbrechen und zwar wird mein Schwiegervater ihn beginnen. Die Lage des Königs Victor Emanuel ist nicht länger haltbar. Die italienische Staatsschuld vermehrt sich jährlich um 6 — 700 Millionen. Das muß ein Ende nehmen. Der König hat schon oft dem Kaiser geschrieben, daß er eine Lösung wolle und daß er im äußersten Falle vorziehe, nur der Chevalier von Carignan zu sein als die unmögliche Rolle eines Souveräns zu spielen, der täglich den Abgrund vor seinen Füßen sich erweitern sieht. Ich wiederhole Ihnen, mein Schwiegervater hat meinen Vetter benachrichtigt, daß er im Frühjahre die österreichischen Linien angreifen werde. Glauben Sie es mir, damit werden die Dinge beginnen; der König giebt sich keinen Selbsttäuschungen hin; er weiß daß Oesterreich ihn schließlich schlagen wird, aber er weiß auch, daß seine Armee von 300.000 Mann sich in einem vortrefflichen Zustande befindet, daß sie daher bevor sie zu Grunde geht, einen sehr ernsthaften und sehr kräftigen Widerstand leisten wird. — Die siegreichen Oesterreicher werden wieder in die Lombardei einrücken und wohl auch bis nach Turin gelangen. Darauf aber ist der Plan meines Schwiegervaters begründet. Denn wie ernstlich es auch dem Kaiser Napoleon gegenwärtig um den Frieden zu thun sein mag, so kann er doch unmöglich zulassen, daß Oesterreich in Italien das Werk Frankreichs über den Haufen werfe. Er mag wollen oder nicht, er muß es aufrecht erhalten: sollte aber das Unglaubliche dennoch geschehen und der Kaiser Italien seinem Schicksale überlassen, so würde Victor Emanuel vorziehen, wieder der König von Piemont zu werden, um sich von jener Verantwortlichkeit zu befreien, welche er ganz Italien gegenüber immerhin übernommen hat und die er nicht länger tragen will. Jedenfalls aber ist das Warscheinlichere, daß der Kaiser in Italien intervenirt, und daß, nachdem er die Dinge wieder ins Geleise gebracht hat er dem Könige, meinem Schwiegervater, den Norden Italiens gibt, für sich aber den Süden nimmt." — So das eigenthümliche Schreiben für dessen Authenticität natürlich das „Vaterland" einzustehen hat, das übrigens nichts Neues oder Unerwartetes sagt.

Aus Turin schreibt man der „NPZ.": Nach der „Discussione" soll die Sendung des Senators Grafen Pasolini nach Paris insofern von Erfolg gewesen sein, als es ihm gelungen sei, eine Wiederannäherung zwischen Frankreich und England zu bewirken. Die „Discussione" möchte den Leuten gerne Sand in die Augen streuen; doch weiß man recht gut, daß Pasolini um neue französische Hilfe für den unvermeidlichen Frühlings-Feldzug gegen Venedig betteln mußte, und daß dafür die Zusage der Territorial-Abtretungen gefordert worden sein soll.

Der erst jetzt der „Gaz. narod." zugekommene „Głos wolny" vom 30. v. M. dementirt (wir citiren den Inhalt nach Angabe der „Gaz. nar.") die Demissionirung Mierosławski's durch die Nationalregierung und bringt als Beweis ein Schreiben des Fürsten Wład. Czartoryski, dat. Paris, 6., Quai d'Orléans, 16. v. M., an den „Commissar der Nationalregierung bei dem Generalorganisator der bewaffneten Streitkräfte außerhalb des russischen Antheils", worin der Fürst auf Grund der vor einigen Tagen erhaltenen Depeschen der Nationalregierung erklärt, daß diese nicht aufhöre ihm den in der früheren Ernennung ertheilten Charakter zuzuerkennen, wiederholt, daß er sich sowie „General" Mierosławski für National-Beamten ansehe, daß letzterer in den Gränzen und gemäß der ihm vom Commissär mitgetheilten Regierungs-Instruction rechnen könne auf seine unbedenkliche Mitwirkung und schließlich als diplomatischer Agent der Nationalregierung unterzeichnet. Aus Vergleichung der Daten folgert nun die „Gaz. nar.", daß die im Schreiben erwähnte dem Fürsten aus Warschau zugekommene Meldung aus den ersten Tagen des November herrühren müsse, während die Nachricht der „Gaz. nar." über die Demission aus Warschau vom 10. v. datirt war, die anderer Journale dagegen vom Ende Novembers und von den ersten Tagen des December datiren. Solche mochte die Unthätigkeit Mierosławski's entstehen lassen und nähren. Der „Głos" selbst bezeichne in derselben Nummer M. als den ernannten Organisatoren der Streitkräfte im Ausland, ohne daß ihm hinreichende Mittel gegeben würden und wittern irgend eine geheime Gefahr für seine Thätigkeit. Wir glauben nicht, heißt es im „Głos", daß alle Feindseligkeiten, die trotz vielen Anscheins die Nothwendigkeit der nationalen Einheit noch nicht entwaffnete, Grund sein sollten, dem General M. die Hände zu binden.

In derselben Nummer nennt „Głos wolny" die Selbstproclamirung Magnan's zum Chef der Marinen-Streitkräfte einen vorzeitigen, unbesonnenen und schädlichen Schritt, obwohl er die Wichtigkeit des Projects, eine polnische Kriegsmarine zu schaffen und den großen materiellen Einfluß einer solchen anerkennt; in der weiteren Ausführung dieses Themas, deren Schluß die „G. N." wörtlich citirt, sieht er Schwierigkeiten, die jedoch nicht unbesiegbar. Er habe nur die Leichtfertigkeit des Schrittes und den grundlosen Anspruch Magnan's auf einen noch unverdienten Rang getadelt, nicht jedoch seinen guten Willen. Die Nationalregierung habe wahrscheinlich mehr Offerten der Art erhalten, wie der „Głos" selbst, der gar nicht einmal zur Regierung gehöre. Ermunterung sei hier wahrscheinlich die Aussicht auf reiche Beute, die zu machen das Seerecht autorisire. Andrerseits schätze man die russische Flotte gering. An Leuten werde es also nicht fehlen aus Italien, Frankreich, England. Auch Schiffe ließen sich unschwer ankaufen, wie es die Südstaaten mit ihrer Marine gethan. Schließlich berichtet der „Głos", daß die Nationalregierung in dieser Hinsicht bereits die ersten Schritte gethan, ohne zu erläutern, ob Magnan's Ernennung von der Nationalregierung ausgegangen oder er sich auf eine solche berufen, ohne sie überhaupt zu besitzen.

Der Marschall Forey, der kürzlich in Paris angekommen, scheint sich von der Lage der Dinge in Mexiko wenig Gutes zu versprechen. Er war bekanntlich in den Vereinigten Staaten, ohne Zweifel, um zu erfahren, wessen sich die neue Regierung in Mexiko von dem Cabinet von Washington früher oder später zu gewärtigen habe, und man will wissen, der Präsident Lincoln habe ihm nicht verhehlt, daß die Herstellung einer monarchischen Regierungsform schließlich zu Zerwürfnissen führen müsse. Andererseits soll es dem Kaiser sehr daran liegen, seine Armee sobald als möglich nach Frankreich zurückkehren zu lassen, da wichtige Ereignisse in Europa keinesfalls zu den Unmöglichkeiten gehören. Wie der Pariser = Corr. der „N. P. Z." schreibt, wäre man in dortigen bestimmenden Kreisen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Herstellung eines Kaiserreichs in Mexiko eine Utopie sei, und daß nichts übrig bleibe, als eine gemäßigt republikanische Partei zu bilden, die stark genug sein werde, das Land zu beruhigen. Man nennt sogar den General Doblado als den Mann, auf welchen die französische Regierung ihre Blicke gerichtet habe.

Die Advocaten Odilon Barrot, Dufaure und Jules Favre haben eine vom 30. November d. J. datirte Denkschrift über die Suezcanal-Frage veröffentlicht, worin sie sich auf das Entschiedenste zu Gunsten des Vicekönigs von Egypten aussprechen.

---

## Verhandlungen des Reichsrathes.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. d. wurde von der Berathung über die Novelle zu dem abgeänderten Gebührengesetze ausgefüllt. Das aus der Berathung hervorgegangene Gesetz bleibt nun bis Ende 1864 in Kraft. Den in zwei früheren Sitzungen bereits beschlossenen Gebühren-Ermäßigungen reihen sich in Folge der gefaßten Beschlüsse einige weitere an. So wurde die Gebühr für Frachtbriefe bei Sendungen nach Orten, die fünf Meilen im Umkreise des Aufgabsortes liegen, von 5 kr. auf 1 kr. ermäßigt; ferner wurden Lottogewinnste unter 2 fl. gebührenfrei erklärt, die Spieleinlage (Nominalwerth des Loses) von der Gebühren-Entrichtung im Gewinnstfalle ausgenommen; die Gebühr für Gesuche um bürgerliche Eintragungen wurde für den Fall, als der Werth des einzutragenden Rechtes 50 fl. nicht übersteigt, von 1 fl. 50 kr. auf 36 kr. (für den Fall eines Werthes von 50 bis 100 fl. auf 75 kr.) ermäßigt; Entscheidungsgründe endlich, welche nach Vorschrift des summarischen Verfahrens von amtswegen an die Parteien auszufertigen sind, wurden trotz des lebhaften Widerspruches der Regierungsvertreter für gebührenfrei erklärt. Der Antrag, die vom Ausschusse ohnehin von 4 auf 5 Percent erhöhte Gebühr von Gewinnstantheilen gar auf 10 Percent zu erhöhen, wurde abgelehnt. — Drei Anträge wurden an diesem Tage an den Ausschuß zurückgeleitet und werden eine nachträgliche Erledigung finden müssen. Der Abgeordnete Ryger entdeckt in der Besteuerung der Jagdkarten eine neue Einnahmsquelle; der Abgeordnete Kaiser will das Gebühren-Aequivalent für Actien-Unternehmungen und andere Erwerbsgesellschaften von 3 auf 1½ Percent ermäßigt wissen; der Abgeordnete Doblhoff endlich will, daß bis zur Erlassung eines neuen Gebührengesetzes die Einhebung dieses Gebühren-Aequivalents ganz sistirt werde.

Mit Note vom 7. d. M. hat das Finanzministerium an das „löbliche" Präsidium des Abgeordnetenhauses einige unvermeidlich gewordene Nachtragscredite für 1863 eingebracht. Die letzteren erreichen einen Betrag von nicht weniger als 6.207,520 Gulden, welcher sich in folgender Weise vertheilt: Staatsministerium, Abtheilung politische Verwaltung: 799,845 fl., worunter 378,500 fl. für die Centralleitung; unter dieser letztern Anforderung, so heißt es in der Begründung, „sind sowohl die Subventionen für officielle und halbamtliche Zeitungen als auch andere unvorhergesehene Auslagen begriffen". Abtheilung für Cultus und Unterricht: 300,900 fl. — Finanzministerium: 227,800 fl. — Justizministerium: 258,995 fl.; darunter figurirt ein Posten von 27,376 fl. als Mehrbedarf bei der Centralleitung, und zwar wie es in der Begründung heißt, „wegen Erhöhung der Diäten und Reisekosten für die zwei österreichischen Abgeordneten nach Hannover und Dresden zu den damals tagenden Bundes-Commissionen, dann wegen Restauslagen für den deutschen Juristentag und Zuwachs an Ruhegenüssen"; ferner für die Justizverwaltung in den Kronländern ein den bewilligten Betrag übersteigender Mehrbedarf von 231,619 fl. in Folge höherer Auslagen „für die Gefangenen und strafgerichtlichen Untersuchungen". — Polizeiministerium: 10,500 fl. Andere Auslagen: 562,143 fl., worunter ein „unverrechneter Rest" von 397,307 fl. für das Erzherzog-Carl-Monument. — Kriegsministerium: 1.022,147 fl., worunter ein außerordentlicher Credit von nicht weniger als 600,000 fl. für die modenesische Brigade, der Rest als „an den Stellvertreterfonds abzuführende Ersparungen an Tax-Capitalien". — Marineministerium: 133,990 fl., worunter „Centralleitung der Handelsmarine" mit 30,000 fl. — Schuldentilgung: 2.752,200 fl., als Capitals-Rückzahlung an den ungarischen Grundentlastungsfonds. — Capitals-Anlage: 139,000 fl. als „Subsidie an den Bukowinaer Grundentlastungsfonds".

Der Ausschuß für Eisenbahnen und Dampfschiffe hat als erstes Resultat seiner Thätigkeit dem Hause einen Bericht über die bekannte Petition des Vereins der Industriellen betreffend die Bahn von Wien über Budweis in das Pilsner Kohlenbecken vorgelegt, in welchem mit Rücksicht auf die der Staatseisenbahn- und Nordbahn-Gesellschaft in Aussicht gestellten Eisenbahnconcessionen beantragt wird, das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: 1) die k. k. Regierung sei aufzufordern, die Nordbahn- und Staatsbahn-Gesellschaft sofort zur Abgabe ihrer Erklärungen in kürzester Frist über die Annahme der ihnen in Aussicht gestellten Concessionen zu dem Zweck zu verhalten, damit der Bau einer Eisenbahn von Wien über Budweis in das Pilsner Kohlenbecken in möglichst kurzer Zeit gesichert wird, widrigens aber die anhängigen Concessionsverhandlungen abzubrechen, 2) über Eisenbahnconcessionen in Zukunft keine verbindenden Zusagen zu machen, bevor nicht die Verhandlungen über die Concessionsbedingungen mit den Bewerbern gänzlich vereinbart sind und 3) den Concessionswerbern außer den Terminen für Beginn und Beendigung des Baues auch noch möglichst kurz gestellte Termine zu bestimmen, binnen welcher sie sich über Annahme oder Nichtannahme der Concession zu erklären haben.

Ferner beantragt der Ausschuß die Petition der österreichischen Industriellen der Regierung zur Berücksichtigung und geschäftsmäßigen Behandlung abzutreten.

Der Ausschuß zur Berathung des Herbst'schen Antrages, betreffend die Einhebung der Steuern von den Actien-Unternehmungen, hat seine Berathungen beendet, den bezüglichen Gesetzentwurf festgestellt, und den Antragsteller mit dem Referate betraut. Auch der Bericht hierüber dürfte noch im Laufe dieser Woche vertheilt werden.

Vorgestern haben die siebenbürgischen Abgeordneten eine gemeinschaftliche Besprechung über die siebenbürgische Eisenbahnfrage abgehalten. Die Meinungen waren getheilt; die Großwardein-Kronstädter Linie fand ihre vorzüglichsten Vertreter in den Abgeordneten von Kronstadt und dem Abgeordneten Groisz, welche sich von der Besorgniß leiten ließen, daß der Bau der Arad-Hermannstädter Linie jenen der Großwardein-Kronstädter Linie vereiteln oder weit hinausschieben werde. Von anderer Seite wurde aber entschieden darauf hingewiesen, es sei vor allem wichtig, daß Siebenbürgen überhaupt eine Bahn erhalte.

Die Berliner „Kreuzzeitung" läßt sich aus Ungarn schreiben, der Staatsminister v. Schmerling habe anläßlich der Nothstandsdebatte erklärt, es genüge, wenn die bewilligte Summe der verlangten blos nahe komme. Das ist einfach unwahr. Der Staatsminister hat mit warmen Worten für die Regierungsforderung pr. 30 Millionen plaidirt und hiebei das Haus gebeten, wenigstens jene Summe zu bewilligen, welche der verlangten Summe möglichst nahe komme. Als gewandter Parlamentsmann mußte Schmerling am zweiten Tage der Debatte wahrnehmen, daß die Forderung der 30 Millionen nicht voll durchzusetzen sei; ihm mußte daher gegenüber dem Ausschußantrage auf 20 Mill., namentlich bei dem vorhandenen Vermittlungsantrage auf Bewilligung von 25 Millionen daran liegen, zu retten, was zu retten war. Das ist wohl etwas Anderes, als die behauptete Erklärung, es „genüge" eine geringere Summe. Es gehört viel Sinn für Unwahrheit dazu, dem Staatsminister die Schuld beizumessen, daß nicht die vollen 30 Millionen bewilligt worden sind.

Der Reichsrathsabgeordnete Graf Consolati ist gestern Nachmittags um halb 3 Uhr in seiner Wohnung im Matschakerhof gestorben. Die Leiche wird photographirt, einbalsamirt und sodann in der Augustinerkirche eingesegnet, wonach dieselbe nach Trient zur Bestattung in der gräflichen Familiengruft überbracht wird.

---

## Oesterreichische Monarchie.

**Wien,** 17. December.

Se. Majestät der Kaiser hat dem Mörder Johann Bräutigam, welcher im Juli d. J. die in dem Praterwirthshause „zum goldenen Ochsen" bedienstete Köchin Anna Breiwitsch erstochen hat und deshalb von dem hiesigen Landesgerichte zum Tode durch den Strang verurtheilt wurde, die Todesstrafe nachgesehen und die Verhängung eines entsprechenden Strafausmaßes dem Obersten Gerichtshof überlassen. Dieser erkannte auf 20jährigen schweren Kerker, welche Strafe Bräutigam schon Ende dieser Woche in dem Strafhause bei Jitschin antreten wird.

Ihre k. Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie hat dem Schutzerein zur Rettung verwahrloster Kinder, dann dem Frauenverein für Arbeitsschulen in Wien je 100 fl. gespendet.

Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Ferdinand Max hat für den Bau des Künstlerhauses in Wien 4500 fl. gewidmet.

Die „Ostd. Post" hat „mit Bestimmtheit erfahren", Seitens des Herrn Staatsministers sei Beschwerde geführt worden, daß er von dem Ministerium des Aeußern in Bezug auf die in Rom begonnenen Verhandlungen wegen der Regelung der confessionellen Verhältnisse nicht die gehörige Unterstützung finde. Von einer solchen „Beschwerde" ist nach der „G. C." betreffenden Ortes gar nichts bekannt.

In dem Befinden des Herrn Staatsministers Ritter v. Schmerling ist gestern wieder eine kleine Verschlimmerung eingetreten, da ihn die Annahme

---

minder hoch jedoch, als zur Zeit, da es neunhundert Repräsentanten gab, thronen Havin, Lanjuinais und Jules Favre, zwei Söhne von Königsmördern und ein ehemali- Unterstaatssecretär Louis Blancs, des Ministers des Innern unter der Republik. Unter ihnen sitzen Hénon, Darimon, Picard, Marie, Jules Simon, Thiers, Emile Ollivier, Eugène Pelletan, dessen Wahl cassirt ist, Guéroult; noch tiefer Nogent-Saint-Laurens und Bravais. Die schönste, männlichste, freieste Physiognomie von Allen ist die Jules Simons, des Philosophen und ehemaligen Staatsraths der Republik. Picard lenkt gleichfalls die Blicke auf sich; er ist noch jung, offenen Blicks, unabhängigen Wesens, und spricht mit Salz und Geläufigkeit à l'anglaise, die linke Hand in der Hosentasche.

Rechts davon, nebeneinander, entdeckt man die drei Pereire's, Isaac, Emile und Eugène. Es giebt drei Personen in Gott und drei im Credit Mobilier. Simon und Pelletan verhalten sich als Deputirte zu den Pereire's, wie der Geist zu der Materie.

Berryer sitzt im erhöhten Centrum allein. Man hätte ihm gern Guizot und Odilon Barrot zu Nachbarn gegeben. Es ging nicht. Odilon Barrot that Alles, um gewählt zu werden, Guizot nichts; der Erfolg war für beide derselbe. Guizot hat definitiv abdicirt. „Meine Existenz, schreibt der greise Staatsmann philosophisch von seiner normännischen Solitüde Val-Richer aus, ist ruhig. Ich überwache meine Bienen, bestelle meine Früchte und leite die Erziehung meiner Enkel. Ich kenne drei Arten des Lebens und nicht mehr: das Familienleben, das politische und das religiöse Leben. Ich führe hier das erstere, inmitten der Erinnerung des zweiten und in der Hoffnung auf das dritte.

Rechte, Linke, Centrum, wir wollen sie alle zum Sumpf rechnen, über den der Berg ragt. Die Deputirten sind auf ihren rothen Bänken nicht besonders behaglich eingerichtet; jeder hat ein kleines Mahagony-Bureau mit Schreibmaterialien, das ihm den Spielraum nimmt. Als noch die Tribüne existirte, hatten die Repräsentanten mehr Raum und wurden leichter zum unnützen Spielen verführt. Das Lieblingsspiel bestand in freundschaftlichen Bombardements mit Apfelsinenschalen; einzelne besonders wüthende Volksmänner pflegten die Pausen zwischen ihrem Morddiscours mit Anfertigung künstlicher Blumen aus buntfarbigem Mundlack auszufüllen, welche Kunst ein wohlbegründetes Renommée als parlamentarische Beschäftigung erwarb, und der Prinz Napoleon, der auf der Spitze des Berges gipfelte, leistete während der Sitzungen seinem Nachbar Eugène Sue hilfreiche Hand bei der Correctur der Druckbogen der Roman-Feuilletons im „Constitutionnel". Andere Zeiten, andere Kurzweil.

Ein Blick des Abschieds für das Beamtenpersonal. Hinter dem Präsidenten sitzt der Generalsecretär des gesetzgebenden Körpers. Herr Valette bekleidet diesen Posten seit dreißig Jahren. Welche Stürme hat der Mann nicht in dem Zuckerwasser der Redner aufbrausen gesehen! Die erwählten Secretäre der Kammer tagen rechts und links vom Präsidenten auf den Stufen der Estrade. Unter der Ministerbank — das officiele Bureau ist eine förmliche Pyramide, die als Spitze den schimmernden Scheitel des Herrn v. Morny hat — befindet sich der Tisch der Secretär-Redacteurs, welche die Reden nachschreiben und die Copie viertelstündlich den Zeitungen zuschicken. Sie sind meist Männer der Literatur und Publicistik. Ihr Chef, Herr Tradieu, ist Kunstkritiker und Redacteur vom „Constitutionnel"; man sieht unter ihnen die Romanschriftsteller Maurel, Duperré; den Vaudevillisten Ludwig Halevy, Bruder des verstorbenen Maestro, den Journalisten Ernst Naudet rc. In einer Saalecke nistet ein ganzes Heer von Stenographen, aufrecht vor ihren Pulten. Sie stehen im Dienste des „Moniteur" und fabriciren die Sitzungsberichte in extenso. Der mehreren Sicherheit wegen arbeiten noch zwei Stenographen, die alle fünf Minuten abgelöst werden, mitten auf der Ministerbank.

Von Zeit zu Zeit sieht man eine Schaar von schwarzen Männern: die genau gekleidet sind, wie ein preußischer Bürgermeister im Hofcostüm, mit Escarpins, Degen und Kette, auf die Deputirten losgehen und ihnen eine Art von Sparbüchsen präsentiren. Diese Leute sind jedoch keine Collecteurs zu wohlthätigen Zwecken, sondern die Huissiers, welche die Stimmen einsammeln.

Einer von ihnen verdient schließlich eine ehrenvolle Erwähnung. Seit vierzig Jahren sitzt er auf demselben Schemel in demselben Winkel und schneidet durch dieselbe Eulenbrille hindurch für die Deputirten die Federn.

Ohne ihn keine Kammer und foglich auch keine Geschäfte Frankreichs; er ist der eigentliche Mann der Situation. Er kennt die Eigenheiten aller Honorables; er weiß, daß der ehrenwerthe Pierre mit einer spitzen Feder seinen Discurs nicht corrigiren kann, während der ehrenwerthe Paul gerade die spitzen Federn liebt, welche spritzen; er schreibt sich naturgemäß das erste Verdienst aller Reden zu.

— Sehen Sie sich vor, sagt er im Vertrauen zu dem Minister, M. Ollivier hat von mir heute eine gute Feder verlangt.

— Merci, antwortet der Minister.

Eine durch ihr Vorleben interessante Persönlichkeit ist der kürzlich aus der Legislative hinausballotirte Abg. Bravay. Sein Vater betrieb einen kleinen Handel in Pont Saint Esprit im Dep. Gard. Er selbst hatte sich als armer Schustergeselle aus seiner Heimath entfernt und kehrte im vorigen Jahre mit einem Vermögen von kolossalen Dimensionen zurück, von fünfzehn, wie Einige, oder gar von vierzig Millionen, wie Andere sagen. Die Geschichte dieser Reichthümer ist folgende: Mr. Bravay hatte sich nach Egypten begeben, wo er bescheidentlich bei einem Schuhflicker zu Cairo zu arbeiten begann.

Eines Tages trat ein Herr in die Werkstätte, um sich auf der Stelle einen seiner Pantoffel ausbessern zu lassen, der soeben beschädigt worden. Der Pantoffel war sehr elegant und mit goldenen Schnallen verziert, so wie sie nur Orientalen vom höchsten Range tragen. Die Arbeit forderte viel Geschicklichkeit von Seite des Schuhmachers, der denn allsogleich seinen französischen Arbeiter dazu bestimmte — nämlich unsern Mr. Bravay. Dieser besserte den Pantoffel

zahlreicher Besuche stark angegriffen hat. Jedenfalls wird der Herr Minister genöthigt sein, das Zimmer noch mehrere Tage hindurch zu hüten.

Die Organisirung der Wiener Polizei-Civilwache ist bereits im Zuge. Vorige Woche sind schon sämmtliche Führer der Civilwache von den Commissariaten, Exposituren und der Polizeidirection in das Sicherheitsbureau beschieden worden, wo Berathungen über die ins Leben treten sollende Organisirung gepflogen wurden. Wie man vernimmt, soll die Organisirung nach englischem Muster vorgenommen werden und mit Neujahr ins Leben treten.

Professor Rosenthal wurde gestern nach viermonatlicher Haft auf freien Fuß gesetzt, nachdem die Gerichtsärzte und nach ihnen der Gerichtshof zur Ueberzeugung gelangten, daß Rosenthal zur Zeit, als er die Schwindeleien verübte, unzurechnungsfähig gewesen.

Aus Prag, 15. d., wird gemeldet: Mit dem gestrigen Frühzug kamen bereits die Quartiermacher des Linien-Inftr.-Regmts Baron Martini hier an und es folgt denselben, wie es heißt, schon heute das Regiment selbst, um zu dem nach Schleswig-Holstein bestimmten Executionscorps zu stoßen. Gestern Abends um 7 Uhr ist eine Sanitäts- und eine Geniecompagnie hier eingetroffen und wurden am Bahnhof von der Generalität empfangen. Dieselben gehen heute zum Executionscorps ab. Das in Pilsen garnisonirende Infantr.-Reg. Graf Khevenhüller erwartet Befehl zum Abmarsch nach Schleswig-Holstein.

## Deutschland.

Nach einem Berliner Schreiben der „Presse" soll zwischen dem Prinzen Friedrich Carl und Herrn v. Bismarck eine „Scene" stattgefunden haben. Dieselbe soll dadurch hervorgerufen worden sein, daß der Pression des Prinzen gegenüber nach einer entschiedenen Politik im militärischen Sinne der Minister-Präsident ausweichend antwortete.

Die „Kreuzztg." hört: Der König habe, falls die Ausführung der Bundesexecution durch Waffengewalt erforderlich werde den Feldmarschall Wrangel zum Oberbefehlshaber sämmtlicher zur Bundesexecution designirter deutscher Armeecorps, und den General-Lieutenant Falkenstein zum Chef des Stabes ernannt.

Aus Leipzig, 15. December, wird geschrieben: Heute beginnt in zwanzig Extrazügen der Ausmarsch der sächsischen Executions-Truppen nach Holstein. Den 18. d. werden die österreichischen Durchzüge erwartet. Die k. k. Truppen werden hier eine Nacht Rast halten und den 19. und 20. ihren Marsch per Magdeburg-Leipziger Bahn fortsetzen (acht Extrazüge). Patriotische Bürger fordern soeben in Localblättern auf, dem nach Schleswig-Holstein abgehenden Militär gastliche Aufmerksamkeiten zu erweisen, und erklären sich zum Ende bereit, an drei Stellen freiwillige Gaben von Cigarren und Tabak entgegenzunehmen.

In Hamburg hat die gesetzgebende Versammlung am 16. d. einen dringlichen Senatsantrag auf Niedersetzung einer Commission zur Beschlußfassung über Sicherungsmaßregeln der Schifffahrt und des Handels gegen Kriegsgefahr sofort angenommen und eine Million Mark Banko vorläufig hiefür bewilligt.

Eine in Hannover am 6. d. stattgehabte große Volksversammlung hat einstimmig die Petition an das Ministerium beschlossen, es möge die schleunigste Berufung der Ständeversammlung wegen Schleswig-Holstein dem Könige rathen.

Das Stuttgarter Schleswig-Holstein-Comité hat beschlossen, die Summe von 10,000 fl. als erste Sendung „an die Staatscasse" des rechtmäßigen Herzogs nach Gotha abzusenden.

Die Voraussetzung, daß das Haupt-Wehrcomité in Gotha in Folge preußischer Reclamation aufgelöst wurde, wird als richtig bezeichnet. Wenigstens meldet das von Gustav Freytag geleitete Preßbureau des Herzogs Friedrich in Gotha die Auflösung mit dem Beisatze, „der gute Wille und der warme Eifer der Männner, welche den Aufruf des Haupt-Wehrcomités für Deutschland unterzeichnet haben, sollte nicht bezweifelt werden, doch würden sie sich mit ihrer Freischaarenbildung mit den bei der Sache zunächst Betheiligten in Widerspruch setzen." Weiter heißt es in dem officiösen Organe des Herzogs Friedrich: „Eine etwa projectirte gänzlich gesonderte Thätigkeit derselben legt die Besorgniß nahe, daß der Schaden für die Betheiligten unv das Land sicherer sein würde, als die beabsichtigte Hilfe. Endlich hat das Beginnen durch seine veröffentlichte Absicht, Gotha zum Mittelpunct bewaffneter Zuzüge zu machen, nicht nur die Polizeigesetze des Landes, sondern auch die feindselige Aufmerksamkeit der Nachbarstaaten gegen sich aufgeregt, und schon dadurch die Möglichkeit eines erfolgreichen Wirkens für die Sache der Herzogthümer sehr verringert."

Der „BAZ." wird geschrieben: Aus Rendsburg vernehme ich, daß der dort seit 1851 auf dem südlichen Eiderufer errichtete nach Neuwerk hineinragende Brückenkopf verpallisadirt und armirt wird. Man gedenkt also unter Umständen wenigstens die Altstadt von Rendsburg gegen die Executionstruppen so lange als möglich zu halten. In Pinneberg sind Vorkehrungen getroffen, die dortige Eisenbahnbrücke zu sprengen. Ueberhaupt scheint man die Absicht zu haben, den vorrückenden Deuschen Truppen möglichenfalls durch Unterbrechung der Hauptcommunicationen Hindernisse in den Weg zu legen. (Auch der „Altonaer Merkur" meldet: Nicht nur in Pinneberg, sondern auch an andern Orten des Landes, Elmshorn u. s. w. deren Verkehr durch Brücken-Anlagen vermittelt wird und nicht nur an der Eisenbahn, sondern auch an den übrigen Hauptcommunicationen sind dänische Ingenieurtruppen angelangt und Untersuchungen vorgenommen worden, welche darauf hindeuten, daß man im Nothfalle diese Brücken sprengen würde.

Das Verbot der „Gartenlaube" für den preußischen Staat ist nunmehr verkündet worden.

## Frankreich.

**Paris,** 15. Dec. Die Wahl des Hrn. Pelletan zum Deputirten hat in Paris darum so große Sensation erregt, weil Niemand eine solche Majorität erwartet hatte. Man braucht nur die Ziffern der letzten Wahl mit denen der ersten zu vergleichen, um sich zu überzeugen, welche Wichtigkeit die Wahl hat. Am 31. Mai votirten von 24,893 Wählern für Picard 12,188, für Pelletan 12,295. Gestern erhielt bei fast gleicher Zahl der Wähler Pelletan 15,115 und Picard 9778 Stimmen, d. h. während Pelletan im Maimonat nur eine Majorität von 107 Stimmen hatte, erhielt er dieses Mal 5337 Stimmen mehr als der Regierungscandidat, der über 2400 Stimmen verloren hat. Heute war wieder Ministerrath. Der Kaiser präsidirte demselben und kehrte dann nach Compiègne zurück. Gestern empfing er den Marschall Forey, mit dem er eine lange Unterredung hatte. — Herr Boitelle, der Polizei-Präfect, soll eine andere Berufung erhalten, und man wartet bloß die Gelegenheit zu weiteren Veränderungen ab. — Mehrere der Eingeladenen der letzten Soirée sind um einige Tage länger in Compiègne behalten worden; unter diesen befinden sich auch die Herren Nigra und Girardin. — Herr v. Budberg ist seit gestern im kaiserlichen Hoflager.

Herr Mirès schlägt wieder Lärm. Er benachrichtigt die Actionäre der Caisse générale des Chemins de fer, daß sie zu einer General-Versammlung auf den 12. Jänner 1864, 1 Uhr Nachmittags, einberufen sind. Er behauptet aufs Neue, daß beim Einschreiten der Regierung in die Angelegenheiten der Gesellschaft dieselbe noch ein Capital von 50 Mill. besaß, während die Liquidatoren behaupteten, es seien nur 6 bis 7 Millionen vorhanden gewesen. Hr. Mirès führt die Gründe an, die ihn zur Einberufung einer General-Versammlung berechtigen. Namentlich führt er an, daß er als Gerant bis zur Liquidation moralisch für jeden früheren Verlust und thatsächlich gegen Dritte im Allgemeinen für jedes Deficit verantwortlich sei. Die Behörden sollen rechtzeitig von der Versammlung unterrichtet werden, die dieses Mal in dem Hause des Herrn Mirès selber abgehalten werden wird. Bekanntlich wurde eine früher schon von Mirès angesagte Versammlung von der Polizei nicht gestattet.

## Rußland.

Aus Warschau schreibt man der „NAZ." unter dem 11. d. daß eine in der Polizei veranstaltete Revision des Bureaus der Warschau-Wiener Eisenbahn zu der Entdeckung einer Correspondenz der National-Regierung mit den Agenten derselben in Paris, Italien, Oesterreich und Rußland geführt hat. In einem der vorgefundenen Briefe ist dem geheimen Comité der Ankauf von Gift anbefohlen, und zur Bestreitung der Kosten die Summe von 500 Rubel angewiesen.

Der am 13. d. in der Walicow-Gasse in Warschau gefundene erdolchte Mann ist, dem „Dzien. powsz." zufolge, aller Wahrscheinlichkeit nach der Dependent des Advocaten Markiewicz.

## Egypten.

Aus Alexandria, 14. Dec., wird telegraphirt, daß der Vicekönig von Aegypten auf einer Fahrt, in der die Pferde seines Wagens durchgingen, beinahe verunglückt wäre, indessen keine Verletzung erlitten hat.

# Local- und Provinzial-Nachrichten.

**Krakau,** den 18. December.

* Mit dem heutigen Tag hat hier das neue (bereits angekündigte) politische Journal „Chwila" zu erscheinen angefangen. Dieses in Druck, Format und Spalteneintheilung dem, bekanntlich auf 3 Monate suspendirten „Czas" ganz ähnliche Blatt wird nach einer zwischen dem Herausgeber der „Chwila" und dem des „Czas" getroffenen Verabredung den Abonnenten des letzteren einstweilen zugehen. Als verantwortlicher Redacteur und Herausgeber zeichnet Hr. Xaver Masłowski. Der verantwortliche Leiter der Druckerei ist auch jetzt Hr. Anton Rother, und weiter ist zu Ende des Blattes angegeben, daß es „im Verlag und mit den Lettern der „Czas"-Druckerei des Hrn. Kirchmayer" erscheine.

* Das k. k. Krakauer Landesgericht hat der „Kronika" zufolge die Schlußverhandlung im Proceß des Michael Balucki, Verfasser des Gedichts „Bez chaty", auf den 7. Jänner 1864 anberaumt.

* Die dem Grafen Załuski gestohlene Chatouille mit Kleinodien, Obligationen usw. war nach der „Kronika" im Dünger versteckt, wo sie der Dieb, wie es scheint, verborgen, nachdem er daraus nur 3000 fl. ö. W. herausgenommen hatte.

* Auch die „Chwila" berichtet jetzt, daß nach Vernehmen die bei General Załuski in Jasienica gestohlenen Kleinodien fast ganz wieder gefunden wurden, der Schaden betrage noch etliche tausend Gulden ö. W., und fügt hinzu, daß wie verlaute, die gestohlenen Sachen vom Ort des Diebstahls nicht weit entfernt und ohne besondere Sorfalt verborgen waren.

# Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Bei der am 16. d. stattgehabten Fortsetzung der Verlosung der Fürst Esterhazy Loose wurden folgende größere Treffer gezogen: Nr. 94992 gewinnt 8000 fl., Nr. 64173 gewinnt 1000 fl., Nr. 30464, 94569 und 49885 gewinnen je 500 fl., Nr. 24912, 96391 gewinnen je 400 fl., Nr. 37691, 137512 gewinnen je 200 fl., 95960, 97922, 146270, 34105, 116960, 54765 gewinnen je 100 fl.

— Der letzte Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank zeigt eine Verminderung des Notenumlaufes um 3,018.861 fl., welche dadurch eintrat, daß die Forderungen an den Staat sich um 1,503.169 fl. und das Wechsel-Portefeuille um 1,186.414 fl. verminderten. Im Lombard ist eine Verminderung um 71.000 fl. eingetreten. Weitere bemerkenswerthe Veränderungen, welche in der verflossenen Woche im Stand der Bank eingetreten wären, sind nicht zu verzeichnen.

— Telegraphisch wird dem „Wiener Lloyd" aus Pest berichtet, daß in der gestrigen Ziehung Nr. 26.178 mit 30000 fl. Nr. 31.909 mit 1000 fl. gezogen wurde.

**Breslau,** 17. December. Amtliche Notirungen. Preis für eine preuß. Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergr. = 5 kr. öst. W. außer Agio: Weißer Weizen von 56 — 68. Gelber 55 — 61. Roggen 39 — 43. Gerste 31 — 37. Hafer 25 — 30. Erbsen 41 — 50. — Winterrübsen per 150 Pfund Brutto: 172 bis 192. — Sommerrübsen per 150 Pfund Brutto: 142—162 Rother Kleesaamen für einen Zollcentner ($89\frac{1}{2}$ Wiener Pf.) preuß. Thaler (zu 1 fl. $57\frac{1}{2}$ kr. österreichischer Währung außer Agio) von $9\frac{1}{2}$—$13\frac{1}{6}$ Thlr. Weißer von 9—$18\frac{1}{2}$ Thlr.

**Berlin,** 16. Dec. Freiw. Anl. $99\frac{7}{8}$. — 5perc. Met. $62\frac{1}{2}$. — 1860er-Lose 79. — National-Anl. $67\frac{3}{4}$. — Staatsbahn 104. — Credit-Actien $77\frac{1}{2}$. — Credit-Lose $78\frac{1}{2}$. — Böhm. Westbahn 66. — Wien —.

Matter, besonders am Schlusse; Geschäft beschränkt; Fonds behauptet.

**Frankfurt,** 16. Dec. 5percent. Met. $59\frac{1}{2}$. — Wien $98\frac{1}{2}$. — Bankactien 775. — 1854er-Lose $75\frac{3}{8}$. — Nat.-Anl. $65\frac{1}{2}$. — Staatsbahn $180\frac{1}{2}$. — Credit-Actien 181. — Anlehen vom Jahre 1859 $77\frac{7}{8}$. — 1860er-Lose $78\frac{3}{4}$.

Schwächer.

**Hamburg,** 16. Dec. Credit-Act. $76\frac{3}{4}$. — Nat.-Anl. —. — 1860er Lose $77\frac{3}{4}$. — Wien —.

Anfangs niedriger.

**Paris,** 16. December. Schlußcourse: 3perc. Rente 66.55. — $4\frac{1}{2}$perc. 94.90. — Staatsbahn 403. — Credit-Mobilier 1047. — Lomb. 530. — Oest. 1860er Lose 1000. — Piem. Rente 71.90. — Consols mit $91\frac{1}{8}$ gemeldet.

Unbelebt.

**Lemberg,** 16. Dezbr. Holländer Dukaten 5.55 Geld, 5.61 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.57 Geld, 5.62 W. — Russischer halber Imperial 9.54 G., 9.67 W. — Russischer Silber-Rubel ein Stück 1.83 G., 1.85 W. — Preußischer Courant-Thaler 1.76 G., 1.79 W. — Polnischer Courant pr. 5 fl. —.— G., —.— W. Gal. Pfandbriefe in österr. Währ. ohne Coup. 73.25 G., 74.— W. Galizische Pfandbriefe in Conv.-Mze. ohne C. 76.91 G. 77.67 W. Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 71.10 G. 71.93 W. National-Anlehen ohne Coup. 80.— G. 80 75 W. Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 197.33 G. 199.17 W.

## Neueste Nachrichten.

**Wien,** am 17. December. [Sitzung des Abgeordnetenhauses.]

Vertheilt werden: Finanzausschußbericht über eine Nachtragsforderung für die siebenbürgische Hofkanzlei und Bericht des Ausschusses in Angelegenheiten der Subventionen und Zinsengarantien über die ihm zugewiesene Petition der österreichischen Industriellen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über den Jahresbericht der Staatsschulden-Controls-Commission, Berichterstatter Baron Dobblhoff.

Die Ausschußanträge werden ohne Debatte angenommen, ebenso die Aufforderungen, deren beider Wortlaut wir morgen folgen lassen.

Die Verhandlungen über das Puncirungsgesetz wird auf Herbsts Antrag ausgesetzt, damit die Mitglieder sich über den Gegenstand noch orientiren können.

Kaiser erstattet den Bericht über die Personal- Luxus- und Classensteuer. Der Ausschuß beantragt, vorläufig nur auf die Luxussteuer einzugehen.

Der Finanzminister erklärt, in Anbetracht der vorgerückten Zeit ziehe die Regierung ihre Vorlage über eine Personal- und Classensteuer zurück.

Die Debatte über das Luxussteuergesetz wird, nachdem §. 1 und 2 angenommen worden sind, auf Antrag Potocki's unterbrochen, da die polnischen Mitglieder erklären, sie seien auf die Verhandlung nicht vorbereitet und man habe ihnen die Vertagung versprochen.

Nächste Sitzung morgen.

Die „Ostdeutsche Post" glaubt ihre Behauptung: „Herr Staatsminister v. Schmerling habe darüber Beschwerde geführt, daß er von dem Ministerium des Aeußern in Bezug auf die in Rom schwebenden Verhandlungen wegen Regelung der confessionellen Verhältnisse nicht die gehörige Unterstützung finde," auch der Eingangs erwähnten Bemerkung der „Gen.-C." gegenüber aufrechterhalten zu müssen. Die „Gen.-C." erklärt nun dagegen, sie sei von jeder der betreffenden Seiten in die Lage gesetzt, versichern zu können, daß diese Behauptung der „Ostdeutschen Post" jedes Grundes entbehre.

Das Befinden Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers Ritter v. Schmerling hat sich, nachdem sich gestern Symptome einer stärkeren Alternation und Unruhe gezeigt hatten, heute entschieden der Besserung zugewendet. Se. Excellenz dürfte jedoch noch einige Tage das Krankenlager nicht gänzlich verlassen können; deßhalb ist auch der Tag für den Antritt des von Sr. Excellenz in Aussicht genommenen Erholungsausfluges ganz unbestimmt.

Man meldet der „G.-C." aus Paris vom 13. d., daß das „polnische Comité" ein Circularschreiben an alle im Auslande befindlichen Polen erlassen, worin diese wiederholt von dem Treiben gewisser Individuen gewarnt werden, welche sich für Agenten der Nationalregierung oder Commissäre der verschiedenen von der Nationalregierung beglaubigten politischen Agenturen ausgeben. „Diese Individuen" — heißt es in dem berührten Schreiben — „sind entweder moskowitische Emissäre, welche sich in das Vertrauen argloser Patrioten zu schleichen suchen oder gemeine Abenteurer, welche unter dem Vorwande von Steuererhebungen oder patriotischen Geldsammlungen auf die Börsen leichtgläubiger Landsleute speculiren." Es wird in Erinnerung gebracht, daß zur Einsammlung von Geldbeträgen nur die polnischen Agenturen von Paris, London, Brüssel, Stockholm, Turin, Zürich, Smyrna und Constantinopel bestimmt sind.

Wie der „Gen.-Corr." aus Turin geschrieben wird, hat dort eine an das Cabinet gelangte Nachricht, daß der Papst im Begriffe sei, ein Consistorium behufs der Ernennungen von Bischöfen und Erzbischöfen für die erledigten Sitze in der Romagna, Umbrien und den Marken abzuhalten, hat in betreffenden Kreisen große Sensation erregt. Man bemerkt, daß dieser Schritt einen sehr ernsten juridischen Conflict als auch eine Streitfrage internationalen Rechtes über die Ausdehnung des Concordates zwischen dem h. Stuhle und dem Hause Savoyen herbeiführen kann.

---

Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die Nationalversammlung zu Athen den Antrag wegen einer Kundgebung der Sympathien der griechischen Nation für den vor Kurzem verstorbenen König von Dänemark zurückgewiesen hätte. In Livorno eingelangte Consulardepeschen bezeichnen nach der „G.-C." dieses Gerücht in bestimmtester Weise als ganz unbegründet.

**Kopenhagen,** 16. December. Eine Proclamation des Königs vom 15. d. M. ruft die Beurlaubten zur Fahne nach Holstein für das Wohl, die Ehre und Sicherheit der Monarchie. — General Fleury ist hier angekommen. Graf Sponneck wird erwartet.

„Faedrelandet" veröffentlicht ein Telegramm aus Stockholm, welches sagt: daß der König definitiv beschlossen habe, Dänemark persönlich zu Hülfe zu kommen, sei unzweifelhaft. Depeschen darüber seien gestern an die Mächte abgegangen. Es werden großartige Bestellungen von Armeebedürfnissen gemacht und herrscht große Regsamkeit in den Artilleriewerkstätten.

Der „Altonaer Merkur" meldet aus guter Quelle: Zunächst wird am 20. und 21. die Einrückung von 6000 Sachsen mit einem hannover'schen Husaren-Regiment auf dem rechten Ufer der Elbe in die Herzogthümer erfolgen und gleichzeitig die Aufstellung von 5000 Preußen in Lübeck und 5000 Oesterreichern in Hamburg stattfinden. Gegen 6000 Hannoveraner stehen auf ihrem linken Elbeufer als erste Reserve für den Fall eines Widerstandes Seitens der Dänen; 20,000 Oesterreicher und Preußen der zweiten Reserve bleiben vorläufig in der Heimat.

**Stockholm,** 16. Dec. In officiösen Kreisen wird versichert, Schweden wolle und könne Dänemark nicht in der Gefahr verlassen.

**Bukarest,** 15. Dec. In der gestrigen Kammersitzung stellte der Ministerpräsident den Antrag: die Kammer möge die Thronrede erst am Schluß der Session beantworten. Da das Ministerium aus der Annahme dieses Antrages eine Cabinetsfrage machte, wurde derselbe von der Versammlung auf Antrag Rosetti's einstimmig angenommen.

**Newyork,** (ohne Datum). Meade hat den Feldzug aufgegeben und zieht sich nach dem Nord-Rapidan zurück; er soll durch Sedgewick ersetzt werden. Hardee ersetzt Bragg und bereitet sich zur Offensive vor. Longstreet wurde bei dem Angriff auf Knoxville zurückgeworfen. — Präsident Lincoln ist an den Blattern ernstlich erkrankt. — Die Conservativen von Cincinnati haben M'Clellan zum Präsidentschaftscandidaten ernannt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

**Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 17. December.**

Angekommen sind die HH. Gutsbesitzer: Erasm. Targowski, aus Polen; Heinrich Turnau, aus Galizien; Julius Boski, aus Polen; Anton Łazowski, aus Galizien; Cornel Chwalibóg, aus Oświęcim; Jacob Borzęcki, aus Galizien.

Abgereist ist Hr. Guido Mižecki, Gutsbesitzer, aus Galizien.

---

aus, nicht besser und nicht schlechter als etwa Hanns-Sachs, der weiland berühmte Nürnberger Schuhmacher und Poet, der, wenn er in unserem Jahrhundert lebte, gewiß Minister der öffentlichen Arbeiten geworden wäre, wie M. Duruy. Der Fremde war so sehr zufrieden, daß er zu Mr. Bravay sagte: Ich werde Dich morgen holen lassen, um Dir auch noch Anderes anzuvertrauen! Des anderen Tages wurde unser Schustergeselle geholt; man führte ihn in einen Palast, wo er ohne weiters dem — Vicekönig vorgestellt wurde, dem Niemand anderer als der Vicekönig war der Herr von gestern gewesen, der allein durch die Straßen der Hauptstadt wandelte, wie sein berühmter Ahn' „Der Kalif von Bagdad" — Musik von Boieldieu.

Der Vicekönig sprach sehr freundlich mit dem französischen Arbeiter und übergab ihm prachtvolle Arbeiten zur Ausbesserung, er fand in ihm einen intelligenten Menschen, der sich nützlich verwenden ließe und machte ihm endlich den Antrag, die Besorgung der Lieferung für die Armee zu übernehmen. Mr. Bravay schlug nicht aus — das war die erste Stufe auf der Glücksleiter. Bald wurde er vom Vicekönig mit hundert anderen Lieferungen betraut, für die Marine, für die Verwaltung, für den Palast u. s. w., bis der gute Geselle endlich selbst mehrere Paläste besaß und beim Pascha eines solchen Ansehens genoß, daß bei verschiedenen Gelegenheiten hechgestellte Personen sich um seine Verwendung und um seinen Einfluß bewarben und daß er aus eigenem Säckel öfter dem Vicekönig Geld vorstreckte, dem seine 80 Millionen jährlicher Einkünfte öfter zu wenig wurden.

Nach dem unlängst erfolgten Tode des Pascha fürchtete Bravay wahrscheinlich, daß seine Stellung jetzt eine minder günstige werden könne, er verließ Egypten und kehrte in seine Heimat nach Gard zurück, wo sein Erstes war, die Spuren eines ehemaligen Bankerotts seines Vaters zu begleichen und sich in den Conseil general wählen zu lassen. Er wurde auch erwählt, seine Wahl aber wegen Stimmenerkaufung wieder cassirt.

---

## Zur Tagesgeschichte.

** In Wien ist kürzlich der bekannte Volkssänger Hr. Moser gestorben.

** Wie der „Mähr. Corresp." vernimmt, hat der unlängst verstorbene Statthaltereirath Ratzer in Brünn eine nicht unbedeutende Anzahl dramatischer und lyrischer Producte, so wie eine Reihe von politischen Aufsätzen hinterlassen.

** In der k. Erzgußanstalt Fernkorn's wird gegenwärtig die große Reiterfigur des Banus Jellacic für Agram modellirt.

** Fürst Lippe-Schaumburg hat für die südslavische Akademie den Betrag von 3000 fl. bestimmt.

** Miß Victoria Balfe, vermält am 31. März 1860 mit Sir John Fiennes Crampton, damals englischer Gesandter in Petersburg und jetzt Gesandter in Madrid, trug am 20. v. M. vor dem zuständigen Gericht in London auf Nichtigkeitserklärung dieser Ehe an. Die Motive dieses Ehescheidungsverlangens sind solcher Art, daß sich die Gerichtsverhandlung nicht zur Veröffentlichung eignet. Es handelt sich um physische Unfähigkeit. Lord Crampton ließ durch seinen Advocaten erklären, daß er keine Einsprache zu machen habe und die Nichtigerklärung der Ehe erfolgte Seitens des Gerichtes.

# Amtsblatt.

Nr. 29869. **Kundmachung.** (1111. 3)

Die schlesische k. k. Landesregierung hat aus Anlaß des Rinderpestausbruches in Weißkirchen und Drohotusch das Abhalten der Hornviehmärkte in den diesem verseuchten mährischen Bezirke nahegelegenen Amtsbezirken Wagstadt, Odrau, und Wigstadt bis auf Weiteres eingestellt.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 11. Dezember 1863.

---

N. 29540. **Kundmachung.** (1116. 2-3)

Zur Besetzung der mit einer Jahresbestallung von Vierhundert Gulden öst. W. und einem Quartierbeitrage von jährlichen achtzig Gulden ö. W. verbundenen Secundär-Wundarzten-Stelle im hierortigen Spitale zu St. Lazar, wird der Concurs bis Ende Jänner 1864 mit dem Beisatze ausgeschrieben, daß diese Dienststelle nur für die Dauer von 2 und bei vollkommen entsprechender Verwendung von höchstens 4 Jahren verliehen wird.

Die Bewerber um diesen Posten haben ihre mit dem Taufscheine, der Nachweisung über den an einer inländischen Hauptschule erworbenen Doctorsgrad aus der Medicin und Chirurgie, über die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache, sowie über ihre moralische Haltung belegten Gesuche, mittelst ihrer vorgesetzten Behörde, wenn sie bereits im öffentlichen Dienste stehen, oder mittelst der k. k. Kreisbehörde, ihres Wohnortes, wenn sie noch nicht bedienstet sind, im anberaumten Termine bei der h. o. Direction der Spitäler zu St. Lazar und zum heil. Geiste einzubringen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 13. Dezember 1863.

---

Z. 14540. **Edict.** (1114. 2-3)

Vom Krakauer k. k. städtisch-delegirten Bezirksgerichte wird bekannt gemacht, daß am 9. Februar 1862 Johann Protzner in Krakau ohne Hinterlassung einer letztwilligen Anordnung gestorben ist.

Da diesem Gerichte unbekannt ist, ob und welchen Personen auf seine Verlassenschaft ein Erbrecht zustehe, so werden alle diejenigen, welche hierauf aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu machen gedenken, aufgefordert, ihr Erbrecht binnen einem Jahre, von dem untengesetzten Tage gerechnet, bei diesem Gerichte anzumelden, und unter Ausweisung ihres Erbrechts ihre Erbserklärung anzubringen, widrigens die Verlassenschaft, für welche inzwischen Advokat Dr. Korecki mit Substituirung des Advokaten Dr. Samelsohn als Verlassenschaftscurator bestellt worden ist, mit jenen, die sich werden erbserklärt und ihren Erbrechtstitel ausgewiesen haben, verhandelt und ihnen eingeantwortet, den nicht angetretenen Theil der Verlassenschaft aber oder wenn sich Niemand erbserklärt hätte, die ganze Verlassenschaft vom Staate als erblos eingezogen würde.

Krakau, am 8. December 1863.

---

Nr. 562. **AVISO.** (1110. 2-3)

Das k. k. Kriegsministerium hat die Sicherstellung der im Jahre 1864 bei den Monturs-Commissionen zur Bemontirung und Ausrüstung erforderlichen Gegenstände, als:

Posamentir- und Schnürwerks-Sorten,
Filz-Halsbinden und Halsflöre,
Federschmücker-Arbeiten,
Gürtler-, Gelbgießer- und Zinngießer-Waaren,
Handschuhmacher- und Knopfmacher-Arbeiten,
Seilerwaaren, Blasinstrumente, Ringelschmiedwaaren,
Nadler- und Sporrer-Arbeiten,
Nägel- und Eisensorten,
Blech- und Drechsler-Waaren,
Holzsorten-, Schlosser- und Siebmacher-Arbeiten,
Sattelhölzer, Bürstenbinder-Waaren,
Charpie und Baumwolle,

mittelst einer Offert-Verhandlung angeordnet.

Die bezügliche ausführliche Kundmachung erscheint im Amtsblatte der „Lemberger Zeitung" eingeschaltet, und sind aus derselben die Lieferungsbedingnisse nebst dem Offerts-Formulare zu entnehmen.

Uebrigens werden die Contracts- und die speciellen auf die Qualität und Uebernahme der Gegenstände Bezug habenden Bedingungen, dann die gesiegelten Probemuster bei der Monturs-Commission zur Einsicht bereit gehalten.

Die versiegelten Offerte, dann die Depositenscheine über die erlegten Vadien sind abgesondert bis längstens

**10. Jänner 1864 12 Uhr Mittags**

entweder beim Kriegsministerium oder beim General-Commando zu überreichen.

Vom k. k. Landes-General-Commando.

Lemberg, am 14. Dezember 1863.

---

N. 9461. **Concurs.** (1115. 2-3)

Die Postexpedientenstelle in Rymanow ist in Erledigung gekommen, und wird behufs deren Wiederbesetzung hiemit der Concurs bis 10. Jänner 1864 ausgeschrieben.

Mit diesem Dienstposten ist der Bezug einer Bestallung jährlicher 160 fl. und eines Amtspauschales jährlicher 40 fl. verbunden; wogegen der zu ernennende Postexpedient vor dem Dienstantritte eine Caution pr. 200 fl. baar oder in 5% Staatsobligationen oder hypothekarisch zu leisten und sich einer Prüfung aus den Postmanipulationsvorschriften zu unterziehen hat.

Die Bewerber haben sich in ihrem an die gefertigte Postdirection zu richtenden Gesuche über ihr bisheriges Wohlverhalten, ihre Vorbildung, Vermögensverhältnisse und über den Besitz eines feuersicheren zur Ausübung des Postdienstes in Rymanow geeigneten Locales auszuweisen.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, am 12. Dezember 1863.

---

Nr. 58042. **Kundmachung.** (1080. 1-3)

Zur Wiederbesetzung eines erledigten Stipendiums jährlicher 210 fl. öst. W. aus der Ludwika Niezabitowska'schen Stiftung vom laufenden Schuljahre 1863/4 angefangen — wird ein Concurs bis 15. Jänner 1864 ausgeschrieben. Dieses Stipendium ist für adelige und dürftige Jünglinge bestimmt, welche sich den Studien an einer k. k. Lehranstalt in Galizien widmen und wenigstens die Hauptschulen beendigt haben, und es dauert der Bezug desselben unter den gesetzlichen Bedingungen bis zur Beendigung der Studien.

Auf dieses Stipendium haben vor Allem Anspruch:

a) die verarmten Glieder der Familie des Josef Niezabitowski Großvaters der Stifterin Ludwika Niezabitowska in der geraden Linie sowohl männlicher als weiblicher Abstammung, wenn selbe die übrigen zum Genusse der Stipendien vorgeschriebenen Erfordernisse besitzen, sodann

b) die Nachkommen jener galizischen Adeligen, welche ihren Adel entweder durch den Besitz von Landgütern zur Zeit der Könige von Polen oder durch Verleihungsdecrete dieser Könige gesetzlich nachgewiesen haben; — in Ermanglung von Bewerbern aus diesen beiden Classen a) und b)

c) die Nachkommen der von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich in den Adelstand Erhobenen und mit dem Indigenate der Königreiche Galizien und Lodomerien Betheilten.

Das Präsentationsrecht für dieses Stipendium steht der Frau Antonina Skarbek-Borowska gebornen Niezabitowska zu.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre gehörig belegten Gesuche mittelst der Vorstände der Studienanstalt denen sie angehören innerhalb des Concurstermines bei der k. k. Statthalterei einzubringen.

Den Bewerbungsgesuchen sind, wenn das Stipendium aus dem Titel der Angehörigkeit an die bevorzugte Familie der Stifterin ausgesprochen wird, die Beweisdocumente hierüber und in jedem Falle die Nachweise übsr die Adelseigenschaft, Taufscheine, Mittellosigkeitszeugnisse, dann Studien- und Frequentationszeugnisse anzuschließen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, 25. November 1863.

## Obwieszczenie.

Do obsadzenia jednego opróżnionego stypendyum w kwocie 210 złr. w. a. z fundacyi Ludwiki Niezabitowskiéj zacząwszy od bieżącego roku szkolnego 1863/4 — rozpisuje się konkurs do 15. Stycznia 1864.

To stypendyum jest przeznaczone dla ubogich szlacheckiego pochodzenia młodzienców, oddających się naukom w jednéj z c. k. szkół w Galicyi i którzy przynajmniéj główne szkoły ukończyli i trwa aż do ukończenia szkół, z zachowaniem jednak przepisów rządowych.

Do tego stypendyum prawo mają przed wszystkiemi:

a) zubożali członkowie familii ś. p. Józefa Niezabitowskiego, dziadka fundatorki Ludwiki Niezabitowskiéj, w prostéj linii, tak męskiego jak żeńskiego pochodzenia, jeżeli posiadają inne do otrzymania tego stypendyum potrzebne własności.

b) potomkowie szlachty polskiéj, która swoje szlachectwo albo przez posiadanie dóbr ziemskich, za czasów królów polskich, lub przez nadanie tychże prawnie udowodniła, w braku kandydatów z tych dwóch klas a) i b).

e) potomkowie rodów przez J. C. M. Cesarza Austryi do godności szlacheckiéj wyniesionych i indigenat królestw Galicyi i Lodomeryi posiadających. Prawo prezentacyi przysłuża pani Antoninie z Niezabitowskich Skarbek-Borowskiéj.

Ubiegający się o to stypendyum wnieść mają swoje należycie zaopatrzone podania w drodze przełożonego szkoły, do któréj należą w ciągu terminu konkursowego do c. k. Namiestnictwa. Podaniom mają być przyłączone, jeżeli ubiegający się o stypendyum należy do familii fundatorki, dokumenta jego pochodzenie dowodzące, i w każdym razie dowody szlachectwa, metrykę chrztu, swiadectwo ubóstwa, nareszcie świadectwa szkolne i frekwentacyi.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, 25 Listopada 1863.

---

Z. 17742. **Edict.** (1113. 1-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird dem Herrn Vinzenz Müller, ehemaligen schweizerischen Obersten und Landmanne bekannt gemacht, es habe wider denselben Hr. Carl Schneider auf Anerkennung des klägerischen Vorzugsrechtes zu der als Civilmasse des Otto Wilhelm Zastrów gegen W. Hugo Grafen Hompesch gerichtlich verwahrten Summe von 29000 fl. CM. (s. N. G.) vor allen Verbots- und Executionsrechten des Herrn Vinzenz Müller, auf Löschung aller auf dieser Se. angemerkten Rechte des Geklagten und auf Ausfolgbarerklärung dieser Summe an den Kläger (s. N. G.) eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Frist zur Erstattung der Einrede auf 90 Tage gesetzt wird.

Da der Aufenthaltsort des Belangten H. Vinzenz Müller unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht diesem Belangten auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Kański mit Substituirung des Advokaten Hrn. Dr. Korecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem kais. königl. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 7. Dezember 1863.

---

N. 9227. **Kundmachung.** (1119. 1-3)

Vom 1. Jänner 1864 angefangen, wird zwischen Milówka und Saybusch an Stelle der gegenwärtig wöchentlich dreimaligen, eine tägliche Botenfahrpost in folgender Weise verkehren:

Abgang von Milówka:
um 9 Uhr Früh,
Ankunft in Saybusch:
um 11 Uhr 30 Min. Vormittags.
Abgang von Saybusch:
um 1 Uhr 30 Min. Nachmittags,
Ankunft in Milówka:
um 4 Uhr Nachmittags.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, am 5. Dezember 1863.

---

Z. 5317. **Edict.** (1120. 1-3)

Vom Rzeszower k. k. städtisch-deleg. Bezirksgerichte wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Christina Drobczyńska in Folge Beschlusses des Rzeszower k. k. Kreisgerichtes ddto. 2. October 1863. Zl. 4841 für wahnsinnig erklärt und für dieselbe ein Curator in der Person des Herrn Josef Maurer aus Rzeszow bestellt worden ist.

Vom k. k. Bezirksgerichte.

Rzeszow, 17. November 1863.

---

## Wiener Börse-Bericht

vom 16. December.

### Offentliche Schuld.

#### A. Des Staates.

| | Geld | Waare |
|---|---|---|
| In Oestr. W. zu 5% für 100 fl. | 68.10 | 69.— |
| Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. | | |
| mit Zinsen vom Jänner — Juli | 80.30 | 80.50 |
| vom April — October | 80.15 | 80.25 |
| Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl. | —.— | —.— |
| Metalliques zu 5% für 100 fl. | 73.30 | 73.50 |
| dtto „ 4½% für 100 fl. | 65.— | 65.25 |
| mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. | 142 75 | 143.50 |
| „ 1854 für 100 fl. | 93.— | 93 50 |
| „ 1860 für 100 fl. | 94.60 | 94 80 |
| Como-Rentenscheine zu 42 L. austr. | 18.25 | 18 50 |

#### B. Der Kronländer.

| Grundentlastungs-Obligationen | Geld | Waare |
|---|---|---|
| von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl | 87.50 | 88.— |
| von Mähren zu 5% für 100 fl. | 91.— | —.— |
| von Schlesien zu 5% für 100 fl. | 88.50 | 89.— |
| von Steiermark zu 5% für 100 fl. | 87.25 | 87.50 |
| von Tirol zu 5% für 100 fl. | 91.— | —.— |
| von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. | 87.— | 89 — |
| von Ungarn zu 5% für 100 fl. | 75.— | 75 75 |
| von Temeser Banat zu 5% für 100 fl. | 73.— | 73.50 |
| von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl. | 74.— | 74 50 |
| von Galizien zu 5% für 100 fl. | 71.50 | 72 — |
| von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl. | 71.75 | 72.75 |
| von Bukowina zu 5% für 100 fl. | 71.— | 71.50 |

| Actien (pr. St.) | Geld | Waare |
|---|---|---|
| der Nationalbank | 787.— | 788.— |
| der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W. | 185.30 | 185.50 |
| Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W. | 656.— | 660.— |
| der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M. | 1720. | 1722. |
| der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr. | 186.25 | 186.75 |
| der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM. | 137.50 | 138.— |
| der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM. | 128.— | 128.25 |
| der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz. | 147.— | —.— |
| der vereinigten südöster. lomb.-ven und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr. | 250.— | 251.— |
| der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. | 198.50 | 199.— |
| der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM. | 426.— | 428.— |
| des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM. | 231.— | 233.— |
| der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM. | 392.— | 394.— |
| der Wiener Dampfmühl-Actie-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W. | 403.— | —.— |
| der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W. | 155.50 | 156.— |

| Pfandbriefe | Geld | Waare |
|---|---|---|
| der Nationalbank auf CMze { 10jährig zu 5% für 100 fl. | 102.50 | 103.— |
| der Nationalbank auf CMze { verlosbar zu 5% für 100 fl. | 90.— | 90.50 |
| der Nationalbank auf östr. W. { verlosbar zu 5% für 100 fl. | 85.90 | 86.— |
| Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl. | 73.— | 73.50 |

| Lose | Geld | Waare |
|---|---|---|
| der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. östr. W. | 140.40 | 140.60 |
| Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM. | 90.— | 91.— |
| Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM. | 112.— | 114.— |
| „ „ „ zu 50 fl. CM. | 52.— | 52.50 |
| Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W. | —.— | —.— |
| Esterhazy zu 40 fl. CMze | —.— | —.— |
| Salm zu 40 fl. „ | 35.50 | 36.— |
| Palffy zu 40 fl. „ | 33.50 | 34.— |
| Clary zu 40 fl. „ | 32.25 | 32.75 |
| St. Genois zu 40 fl. „ | 33.50 | 34.— |
| Windischgrätz zu 20 fl. „ | 19.50 | 20.— |
| Waldstein zu 20 fl. „ | 20.— | 20.50 |
| Keglevich zu 10 fl. „ | 15.— | 15.25 |

### Wechsel. 3 Monate.

| Bank- (Platz-) Sconto | Geld | Waare |
|---|---|---|
| Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5% | 99.75 | 99.75 |
| Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 5% | 100.— | 100.— |
| Hamburg, für 100 M. B. 5% | 88.50 | 88.50 |
| London, für 10 Pf. Sterl. 8% | 117.30 | 117.40 |
| Paris, für 100 Francs 7% | 46.30 | 46.35 |

### Cours der Geldsorten.

| | Durchschnitts-Cours fl. | kr. | fl. | kr. | Letzter Cours fl. | kr. | fl. | kr. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Kaiserliche Münz-Dukaten | 5 | 63 | 5 | 65 | 5 | 63 | 5 | 65 |
| „ vollw. Dukaten | 5 | 63 | 5 | 65 | 5 | 63 | 5 | 65 |
| Krone | — | — | — | — | 16 | 25 | 16 | 30 |
| 20 Francstücke | 9 | 40 | 9 | 44 | 9 | 42 | 9 | 44 |
| Russische Imperiale | — | — | — | — | 9 | 75 | 9 | 80 |
| Silber | 117 | 50 | — | — | 117 | — | 117 | 50 |







### Meteorologische Beobachtungen.

| Tag | Stunde | Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red | Temperatur nach Reaumur | Relative Feuchtigkeit der Luft | Richtung und Stärke des Windes | Zustand der Atmosphäre | Erscheinungen in der Luft | Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von | bis |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 17 | 2 | 357'''76 | + 0°3 | 90 | West still | trüb | | | |
| | 10 | 28 40 | — 0°0 | 97 | Ost still | „ | | —2°8 | +0°5 |
| 18 | 6 | 29 20 | — 0°2 | 95 | Nord still | „ | | | |


Druck und Verlag des **Karl Budweiser.**